

## Antrag

der Fraktion der PDS

### Aufhebung des Ölembargos gegen Jugoslawien

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich mit Nachdruck für eine baldige und vollständige Aufhebung des Ölembargos der Europäischen Union gegen die Bundesrepublik Jugoslawien einzusetzen.

Berlin, den 17. Januar 2000

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

#### Begründung

Das Ölembargo der EU gegen die Bundesrepublik Jugoslawien trifft in erster Linie die ohnehin notleidende Bevölkerung Jugoslawiens. Der Grund für die Verhängung des Embargos, nämlich die Bewegungsfähigkeit der jugoslawischen Streitkräfte während des Kosovo-Krieges einzuschränken, ist spätestens mit Ende des Krieges entfallen. Heute soll der Zweck des Embargos darin bestehen, einen Regierungswechsel in Jugoslawien und in Serbien zu erzwingen, indem mit Kälte und Entbehrungen innerhalb der jugoslawischen Bevölkerung ein Stimmungsumschwung zugunsten der Opposition herbeigeführt werden soll. So eingesetzt ist das Ölembargo ein untaugliches, völkerrechtswidriges und moralisch nicht zu vertretendes Instrument, das auch bei der jugoslawischen Opposition nicht auf Zustimmung stößt. Die selektive Aufhebung des Embargos als Belohnung für politisches Wohlverhalten einzelner Städte und Regionen kann und wird als Erpressung verstanden und das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielen. Das Ölembargo ist kein geeigneter Beitrag zur Stabilisierung der Balkanregion, kein taugliches Mittel zur Normalisierung der Verhältnisse und in den Beziehungen zu Jugoslawien. Im Gegenteil, es verstärkt und verlängert die Konflikte nachhaltig.

